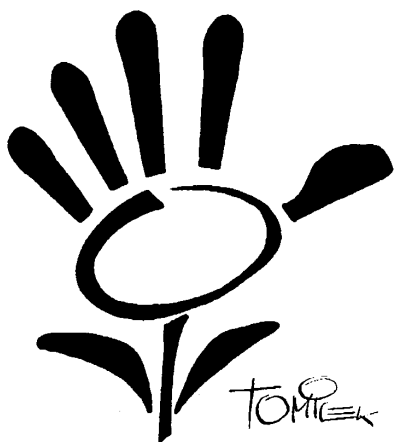


Rechtsextremismus

(k)ein Thema ?!



Halt

gegen Fremdenfeindlichkeit

gegen (rechte) Gewalt

Vorwort



Rechtsextremismus – (k)ein Thema?! So lautete schon der Titel des 2000 im Polizeipräsidium Bielefeld entwickelten Präventionskonzeptes gegen politisch motivierte Kriminalität von rechts.

Auch in der vorliegenden Überarbeitung dieses Konzeptes wurde dieser Titel erneut als Frage gestellt und schließlich entschieden mit „ja“ beantwortet – Rechtsextremismus ist ein Thema!

Nicht allein die jüngsten Ereignisse im sächsischen Landtag, in dem die NPD mit rechtsextremen Reden bundesweit Empörung hervorrief, sondern auch die noch nicht abgeschlossene Diskussion um den Schutz symbolträchtiger Orte vor Aufmärschen rechtsextremer Gruppierungen zeigt, wie aktuell das Thema Rechtsextremismus ist.

Neuere Untersuchungen zeigen, dass gerade rechtsextreme Gruppierungen durch eine „effektive“ Jugendarbeit viele Kinder und Jugendliche in ihr subkulturelles Milieu ziehen. Dies bestätigen die schon 1993 von dem Bielefelder Soziologen Heitmeyer geäußerten Erkenntnisse, dass Jugendliche durch zunehmende Orientierungslosigkeit, Vereinsamung und Ohnmachtsgefühle anfällig für rechtsextremistisches Gedankengut und Gewaltakzeptanz werden.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, müssen auch die Präventionsbemühungen bei dieser Altersgruppe ansetzen und sie dort erreichen, wo mit pädagogischen Mitteln die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen beeinflusst und ihnen Orientierung gegeben wird – in der Schule.

Mit dem vorliegenden Konzept möchte die Bielefelder Polizei auf der Grundlage neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse die Schulen und Einrichtungen der Jugendarbeit bei der Erfüllung dieses Auftrages unterstützen sowie Lehrer und Erzieher als Multiplikatoren über Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und die strafrechtlichen Reaktionen aufklären.

Ich hoffe deshalb, dass das überarbeitete Präventionskonzept des PP Bielefeld von möglichst vielen Schulen und Einrichtungen der Jugendarbeit im Regierungsbezirk angenommen wird.

Im März 2005

Erwin Südfeld
Polizeipräsident



"UND JETZT VOLES ROHR ... !"

Inhalt

Seite

Vorwort

Einleitung 5

Ziel der Konzeption 4

Worum geht es? 5

Wer arbeitet bei der Polizei an diesem Thema? 6

Warum ein gemeinsames Konzept? 6

Welche Zielgruppen sollen erreicht werden? 6

Wie soll mit der Konzeption umgegangen werden? 8

10 Bausteine:

Deliktsformen und staatliche Reaktionen 8

Darstellung und Möglichkeiten des Umgangs mit (rechter) Gewalt 9

Mögliche Ursachen und Gründe 10

Lagebild und Analyse des Lagebildes 11

Regionale Bedeutung für OWL 12

Rechtsextreme Medien 13

Anschauungsmaterial 14

Strafbarkeit und Folgen 15

Zivilcourage zeigen 16

Polizeiliche Beratung / Opferschutz 17

Anlagen:

Informationsquellen 18

Literaturhinweise 22

Impressum 24

Einleitung

Ziel der Konzeption

Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit werden in dieser Konzeption mit dem Ziel thematisiert, derartige Taten möglichst zu verhindern. Die Prävention steht dabei uneingeschränkt im Mittelpunkt. Die Polizei ist jedoch nicht in der Lage, alleine die erforderlichen Anstrengungen zu leisten. Nur im Zusammenspiel mit vielen weiteren gesellschaftlichen Gruppen kann diese Aufgabe professionell umgesetzt werden.

Die Polizei weiß, dass sie als ein Garant für derartige Vorhaben angesehen wird. Sie möchte durch diese Konzeption den Verantwortlichen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen ein Angebot unterbreiten und sie bei ihrer Arbeit unterstützen. Hierdurch will die Polizei Ihren Beitrag bei der Verhinderung von Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit leisten.

Durch ihr Angebot beabsichtigt die Polizei, insbesondere Multiplikatoren zu informieren. Diese Multiplikatoren sollen in die Lage versetzt werden, von dem Fachwissen der Polizei zu partizipieren und dieses bedarfsgerecht erarbeitet und präsentiert zu bekommen.

Bei der hier vorgestellten Konzeption handelt es sich um eine dauerhafte Einrichtung. Die praktischen Erfahrungen der Polizei bilden dabei die Grundlage.

Worum geht es ?

Es geht um Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Extremisten versuchen ihre Ziele nicht innerhalb eines freien Meinungs Austausches, sondern durch rechtswidriges Vorgehen durchzusetzen.

Gewalt wird dabei als legitimes Mittel angesehen.

Obwohl viele Täter durch intensive polizeiliche Ermittlungen in einem Strafverfahren überführt werden können, leiten die Motive ihres Handelns, z.B. Intoleranz gegenüber Minderheiten, besonders junge Menschen zu weiteren sinnlosen Gewalttaten an.

Die Opfer tragen nicht selten bleibende psychische und physische Schäden davon.

Wer arbeitet bei der Polizei an diesem Thema ?

Im Polizeipräsidium in Bielefeld gibt es zwei Dienststellen, der **Polizeiliche Staatsschutz** und das **Kommissariat Vorbeugung**, die sich mit der Thematik Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit befassen. Es handelt sich dabei um Spezialdienststellen, die nur ausgewählte Bereiche bearbeiten.

Der **Polizeiliche Staatsschutz** ist immer dann zuständig, wenn Straftaten von politischen Extremisten oder aus fremdenfeindlichen Motiven begangen werden. In dieser Dienststelle kommt es also ständig zu aktuellem Erfahrungswissen um Erscheinungsformen rechter Gewalt und Fremdenfeindlichkeit.

Auch obliegt es dem **Polizeilichen Staatsschutz**, derartige Straftaten zu verhindern.

Das **Kommissariat Vorbeugung** ist als Spezialdienststelle für Prävention anzusehen. Wahrzunehmende Aufgaben sind hier u.a. sicherheitstechnische und verhaltenorientierte Beratungen sowie Öffentlichkeitsarbeit.

Warum ein gemeinsames Konzept ?

Zur Verhinderung von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit kann nur ein umfassendes, abgerundetes Konzept erfolgreich sein. Dazu ist das Zusammenführen von Spezialwissen aus den Bereichen **Polizeilicher Staatsschutz** und **Polizeilicher Kriminalprävention** erforderlich. Zusätzlich ermöglicht es einen ständigen Abgleich und kurzfristige, aktuelle Überarbeitungen.

Welche Zielgruppen sollen erreicht werden ?

Aus dem Umfeld von Kindern und Jugendlichen sind regelmäßig Straftaten feststellbar, deren Motive in den Bereichen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit zu finden sind. Diese Zielgruppe kann von der Polizei über Multiplikatoren erreicht werden. Die jüngsten uns bekannt gewordenen Täter sind erst 11 Jahre alt. Deshalb muss versucht werden, bereits jüngere Gruppen zu erreichen.

Zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen verdeutlichen dies eindrucksvoll und zeigen gleichzeitig wirksame Methoden auf, um Rechtsextremismus vorzubeugen.

Studien wie:

Rechtsextremismus im Schulsystem, Rainer Dollase, Universität Bielefeld,

Jugend und Rechtsextremismus

Von ökonomischen Alltagserfahrungen zur rechtsextremistisch motivierten Gewalt-Eskalation, Wilhelm Heitmeyer, Universität Bielefeld,

„Täter-Opfer-Konstellationen und Interaktionen im Bereich fremdenfeindlicher, rechtsextremistischer und antisemitischer Gewaltdelikte“,
Helmut Willems, Universität Trier,

sind einige Beispiele der mannigfaltigen Forschungsarbeiten, die in den letzten Jahren zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus entstanden sind.

Nachfolgend einige beispielhafte Thesen aus den genannten Untersuchungen:

Die Familienbiographie der Tatverdächtigen weist häufig Brüche und Inkonsistenzen auf. (Willems)

Ein Reflex auf das, was in der Erwachsenenwelt vorgeht, ist die kindliche Fremdenfeindlichkeit allemal. (Dollase)

Rechtsextremismus wird nicht als ein politisches Problem gesehen. (Heitmeyer)

Die Schule ist für viele der Ort des ersten Kontaktes zur fremdenfeindlichen und rechten Szene. (Willems)

Bindungen an größere soziale Einheiten, wie Nationalität, Religion Ethnie, Kultur etc., nimmt in der Sekundarstufe I rapide zu und erreicht etwa im 8./9. Schuljahr einen Höhepunkt, der dann ins Erwachsenenalter hinüber erhalten bleibt. (Dollase)

Empirisch zeigt sich, dass viele Jugendliche, die rechtsextremistische Positionen vertreten, die Parteiprogramme, Zeitschriften, Propagandamaterialien der einschlägigen rechtsextremistischen Parteien oder Gruppen gar nicht kennen. (Heitmeyer)

Auf weitere Einzelheiten wird im Baustein 3 eingegangen.

Hier werden Multiplikatoren für Kinder und Jugendliche wichtige Erkenntnisse, aber auch konkrete Handlungsempfehlungen für die Umsetzungen dieser Erkenntnisse genannt.

Multiplikatoren sind insbesondere Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Jugendleiterinnen und -leiter, Schulungsleiterinnen und -leiter und andere, die hauptberuflich oder ehrenamtlich pädagogische Verantwortung tragen. Weiteren interessierten Gruppen steht das Angebot ebenfalls zur Verfügung.

Wie soll mit der Konzeption umgegangen werden ?

Die hier vorgestellte Konzeption besteht aus folgenden Bausteinen:

- Deliktsformen und staatliche Reaktionen
- Darstellung und Möglichkeiten des Umgangs mit (rechter) Gewalt
- Mögliche Ursachen und Gründe
- Lagebild und Analyse des Lagebildes
- Regionale Bedeutung für OWL
- Rechtsextreme Medien
- Anschauungsmaterial
- Strafbarkeit und Folgen
- Zivilcourage zeigen
- Polizeilicher Opferschutz

Diese Bausteine werden nach vorheriger Absprache mit dem **Polizeilichen Staatsschutz** und dem **Kommissariat Vorbeugung** Zielgruppen orientiert zusammengestellt werden.

Mit den Mitarbeitern dieser beiden Dienststellen können dann kostenlose Informationsveranstaltungen vereinbart werden.

Ein Vordruck für Referentenanforderungen befindet sich in der Anlage.

10 Bausteine

Baustein 1

Deliktsformen und staatliche Reaktionen

Der Staat hat sich im Kampf gegen den Rechtsextremismus auf unterschiedlichen Ebenen organisiert.

In Deutschland sind bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus eine Vielzahl von Dienststellen mit verschiedenen Zielrichtungen aktiv. Es werden die bei der Polizei zuständigen Dienststellen

- Polizeilicher Staatsschutz

- Kommissariat Vorbeugung

vorgestellt.

Es folgt die Darstellung ihres Aufgabengebiet und ihrer Zuständigkeit gegenüber

- den Verfassungsschutzbehörden (BfV und LfV)

- dem Bundesnachrichtendienst (BND)

- dem Militärischen Abschirmdienst (MAD)

Eine Definition der politischen Grundformen

- Radikalismus

- Extremismus

runden die Erläuterung ab.

Hierdurch wird eine Abgrenzung von Rechtsextremismus zu legalem Verhalten nachvollziehbar. Dies beinhaltet auch die Begriffe

- Antisemitismus

- fremdenfeindliche Straftaten

Diese stellen ebenfalls Delikte mit politischer Dimension dar.

Abschließend werden die Sanktionsmöglichkeiten, die dem Staat zur Verfügung stehen, aufgezeigt und durch konkrete Beispiele verdeutlicht.

Baustein 2

Darstellung und Möglichkeiten des Umgangs mit (rechter) Gewalt

In der heutigen Zeit wird immer wieder von der Angst vor „Rechtsextremer Gewalt“ gesprochen. So wird assoziiert, dass die Gewalthandlungen immer in einer rechtsextremen politischen Gesinnung verwurzelt sind. Neueste Studien haben ergeben, dass die politischen Äußerungen der Täter in den meisten Fällen nur als Rechtfertigung der Gewalttaten an sich dienen.

Die Polizei informiert über

- Phänomenologie von Jugendgewalt
- Risikofaktoren im Umfeld
- Verhaltensstrategien zur Vermeidung von Jugendgewalt
- Verhaltensstrategien in konkreten Gewaltsituationen
- strafrechtliche und strafprozessuale Hintergründe
- die Zuständigkeiten anderer Institutionen (Dienstleistungszentrum, Jugendgerichtshilfe etc.)

Die Polizei kann bei der Entwicklung eines Konzeptes zum Umgang mit Gewalt beraten. Hierbei berücksichtigt die Polizei, dass ein Konzept folgende Bereiche umfassen sollte:

- Information über Phänomenologie und den Umgang mit Jugendgewalt sowie über konkrete Verhaltensstrategien
- Beratung von Opfern und Tätern sowie ggf. von Zeugen und Helfern einer Gewalttat
- Intervention / Repression

Darüber hinaus vermittelt die Polizei Kooperationspartner für die Umsetzung eines Schulkonzeptes.

Baustein 3

Mögliche Ursachen und Gründe

Dieser Baustein beinhaltet eine gesamtheitliche Darstellung des Rechtsextremismus, angefangen von der intelligenten Ausprägung bis hin zur dumpfen Gewalt.

Schwerpunkte der Betrachtung sind

- der Interaktionsprozess zwischen Gesellschaft und Täter
- Gruppen in unserer Bevölkerung, die empfänglich sind für rechtsextremes Gedankengut und/oder Gewalt
- Werturteile der Bevölkerung, die aufgegriffen und hinterfragt werden

Ausgangspunkte dieser gesellschaftlichen Darstellung sind die Täter politisch motivierter Straftaten und deren Sozialisation.

Baustein 4

Lagebild und Analyse des Lagebildes

Es werden folgende Schwerpunkte angeboten:

- aktuelle Entwicklung rechtsextremistischer Straftaten im Bereich der Bezirksregierung Detmold / regionale Schwerpunkte
- Darlegung und Erläuterung der angezeigten Straftaten
- Zusammensetzung der Fallzahlen
- Abgrenzung zwischen Gewaltdelikten
- aktuelle Entwicklung bei den Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums
- Erkenntnisse zu Täterstrukturen, Gruppenstrukturen und Abhängigkeiten

Auf den möglichen Zusammenhang zwischen dem Konsum von Alkohol und der Begehung von Straftaten wird ein besonderes Augenmerk gerichtet.

Baustein 5

Regionale Bedeutung für OWL

Eine rechtsextreme Szene existiert auch in Ostwestfalen, obwohl sie nicht ständig von der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Diese Szene ist nicht nur in Parteien wie der NPD, JN oder REP organisiert.

Diese Vielschichtigkeit wird für Ostwestfalen beleuchtet. Dabei wird eingegangen auf

- Skinheads und Neonazis
- geschichtlicher Rückblick auf die Wurzeln dieser Erscheinungsformen
- Revisionisten
- bestehende bzw. verbotene Organisationen der Rechtsextremisten in Ostwestfalen
- ausgesuchte Fälle aus dem jeweiligen örtlichen Bereich
- Auswirkungen von Straftaten auf Opfer
- regionale Schwerpunkte

Baustein 6

Rechtsextreme Medien

Die Medien der Rechtsextremen sind vielfältig wie die Erscheinungsformen. Beispielhaft wird anhand von Zitaten, Fotos und Liedern auf rechtsextreme Medien eingegangen (nicht Internet).

Ein Schwerpunkt wird dabei auf die Musik gelegt, die nach einhelliger Meinung das wichtigste verbindende Element ist.

Als weiterer Schwerpunkt wird eingegangen auf

- verbotene Symbole verfassungswidriger Organisationen
- noch erlaubte Dinge, die aber gleichwohl Ausdruck einer rechten Gesinnung sein können
- Bücher und Fanzines

Als modernes Medium setzen die Rechtsextremisten verstärkt das Internet als Kommunikationsmittel ein.

Diese Phänomene werden mit Blick auf die Region Ostwestfalen beleuchtet.

Hinweis:

Die Präsentation dieser Medien ist nicht für jugendliche Zielgruppen bestimmt.

Baustein 7

Anschauungsmaterial

Beim Polizeilichen Staatsschutz wurden in den letzten Jahren eine Vielzahl von Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund bearbeitet. Daraus ergaben sich viele Aservate, die mittlerweile für Aus- und Fortbildungszwecke zur Verfügung stehen.

Es handelt sich hierbei z.B. um

- Orden und Ehrenzeichen aus dem 3. Reich, die zum Teil noch immer in der rechten Szene Verwendung finden
- speziell veränderte Uniformteile, die bei der Begehung von Straftaten verwendet wurden
- Waffen, die in der Szene beliebt und weit verbreitet sind
- CD's, die Einblicke sowohl in illegale als auch erlaubte Musik der Szene ermöglichen

Hinweis:

Die Präsentation dieser Gegenstände ist nicht für jugendliche Zielgruppen bestimmt!

Baustein 8

Strafbarkeit und Folgen

Rechtsextremes, fremdenfeindliches oder antisemitisches Handeln ist oft als strafrechtlich relevante Tat erkennbar.

Inhalt:

- mögliche Straftatbestände werden kurz besprochen
- der Weg der Strafverfolgung wird aufgezeigt

Die rechte Szene wird in der Öffentlichkeit auch wahrgenommen, wenn keine Straftatbestände erfüllt werden. Ein Schwerpunkt liegt deshalb in der Erörterung der Handlungen und menschlichen Verhaltensweisen, die zwar subjektiv fremdenfeindlich erscheinen, jedoch kaum oder gar nicht strafrechtlich verfolgbar sind (Grauzone).

Baustein 9

Zivilcourage zeigen

Ziel dieses Bausteines ist es, die Bereitschaft zu fördern, bei Straftaten, aber auch bei politisch motivierten Grenzverletzungen, nicht weg zu sehen, sondern zu helfen und sich als Zeuge zur Verfügung zu stellen.

Vermittelt werden Informationen zu

- Tätermotiven und Opfererfahrungen
- Motiven der (nicht-)handelnden Zeugen einer Tat
- Rechten und Pflichten bei Hilfeleistungen
- individuellen Möglichkeiten, sich und anderen zu helfen

Baustein 10

Polizeiliche Beratung / Opferschutz

Hier steht die individuelle Beratung für gefährdete Personen und Objekte durch Fachkräfte der Kriminalpolizeilichen Beratungsstelle im Vordergrund. Darüber hinaus werden Personen, die bereits Opfer einer rechtsextremistischen / fremdenfeindlichen Straftat geworden sind, im Rahmen des „Polizeilichen Opferschutzes“ bedarfsgerecht in ein Netzwerk von Hilfeorganisationen weitervermittelt.

Es werden aber auch Hinweise gegeben auf mögliche Hilfen für Aussteiger und Aussteigewillige. Auch Angehörige können hier Unterstützung finden.

Hilfen für Aussteiger:

HelpLine Aktiv gegen Rechts

Kontakt:

Tel.: 0180 3 100 110

Internet: www.NRWGegenRechts.de

E-Mail: c@ll-nrw.de

Hilfen für Opfer von Gewaltdelikten:

Opferschutz der Polizei Bielefeld

Kommissariat Vorbeugung, Lerchenstr. 2, 33607 Bielefeld

Tel.: 0521 / 545 - 3567 und 545 - 3553

E-Mail: vorbeugung@bielefeld.polizei.nrw.de

Psychologischer Beratungsdienst

Stapenhorststr. 5, 33615 Bielefeld

Tel.: 0521 / 13 24 15

Psychosoziale Beratungsstelle VSBG e.V.

Teutoburger Str. 106, 33607 Bielefeld

Tel.: 0521 / 6 86 76

Informationsquellen

<http://www.ida-nrw.de>
<http://www.idaev.de>

IDA-NRW (Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen). Informationen über Rechtsextremismus, Antirassismus und Rassismus, Migration und Interkulturalität in Nordrhein-Westfalen. Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA) ist eine Gründung der demokratischen Jugendverbände Deutschlands aus dem Jahre 1990.

<http://www.jugendschutz.net>

Jugendschutz.net ist eine von den Jugendministerinnen und Jugendministern der Länder gemeinsam eingerichtete staatliche Stelle für die Beachtung des notwendigen Jugendschutzes in den neuen Informations- und Kommunikationsdiensten (Multimedia, Internet). In erster Linie ist diese Stelle für Mediendienste, also für Angebote, die sich an die Allgemeinheit richten, zuständig.

<http://www.basta-net.de>

"Basta - Nein zur Gewalt!" ist das Online-Magazin der Arbeitsgemeinschaft Jugend & Bildung e.V. in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Innern. Es wendet sich an Jugendliche u.a. mit den folgenden Themen: "Gewalt in der Schule", "Gewalt gegen Ausländer".

<http://www.bnr.de>

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten, Hintermänner und Hintergründe

<http://www.bpb.de>

Die Bundeszentrale für politische Bildung wurde 1952 als nachgeordnete Behörde des Bundesministeriums des Innern gegründet, um "den demokratischen und europäischen Gedanken im deutschen Volk zu festigen und zu verbreiten" (Gründungsersatz). Das Ziel ihrer Arbeit ist, durch die Vermittlung umfassender Informationen "Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu

festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken." Das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn enthält super gute Linklisten, die nicht nur thematisch geordnet sind, sondern auch ziemlich umfassend zu sein scheinen. Ebenfalls zu empfehlen - die Bibliografie.

<http://www.shoa.de>

Prävention gegen revisionistische und pseudo-wissenschaftliche Desinformation im Internet.

<http://www.verfassungsschutz.de>

Das Bundesamt für Verfassungsschutz sammelt u.a. Daten und Zahlen zum Lagebild des Rechtsextremismus in Deutschland.

<http://www.step21.de>

Die gemeinnützige Jugendinitiative STEP 21 will im Dialog mit und unter Jugendlichen demokratische Grundwerte fördern. Das Ziel ist, Demokratie mit Leben zu füllen. Die Internetseite ist durch die vielen Flash-Animationen etwas unübersichtlich, aber inhaltlich dennoch gut.

[http://www.exit-deutschland.de/
alterninitiative@exit-deutschland.de](http://www.exit-deutschland.de/alterninitiative@exit-deutschland.de)

Exit will Menschen helfen, die in der rechtsextremen Szene gefangen sind. Auf Aussteiger wird nicht selten massiver Druck ausgeübt. EXIT will Kontakte vermitteln und praktische Hilfe leisten, neue Orientierungspunkte geben und Eltern potenzieller Aussteiger zur Seite stehen. Es handelt sich um eine private Initiative.

<http://www.schule-fuer-toleranz.de>

Dieses Angebot ist aus einem Projekt der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster des Fachbereichs Erziehungswissenschaften hervorgegangen. Super Angebot mit Büchertipps, Praxisberichten von Projekten an Schulen in ganz Deutschland, Lehrplanhilfen, informativen Links und vieles mehr. Sehr empfehlenswert.

<http://www.idgr.de>

Der "Informationsdienst gegen Rechtsextremismus" (IDGR) ist eine private Homepage zur Bereitstellung von Informationen im Zusammenhang mit Rechtsextremismus. Super Infos zu Geschichte und Historie des Rechtsextremismus, die man nicht überall zu lesen bekommt.

<http://www.netzgegenrechts.de>

Das Netz gegen Rechts ist ein Zusammenschluss vieler verschiedener Medienanstalten, wie z.B. ARD, die Woche, ZDF u.v.m. Hier findet man Beiträge der verschiedenen Medienanstalten unter diversen Fragestellungen (z.B. "Wie kann man die Entstehung rechtsradikaler Einstellungen bei Jugendlichen verhindern?"). Der Inhalt der Site wird täglich mit aktuellen Artikeln der Medienpartner versorgt.

<http://www.werwenn.de>

Ist ein Buch- und Ausstellungsprojekt mit Bildern von Schülerinnen und Schülern aller Jahrgangsstufen und Schulformen in ganz Deutschland. Zugleich Wanderausstellung und mobile Demonstration gegen Gewalt und Rassismus, aber auch Werbung für mehr Toleranz und ein friedliches Miteinander. Reinschauen lohnt sich.

<http://www.polizei-bielefeld.de/>

Hinweise zur Arbeit der Polizei Bielefeld mit Informationen zum Kommissariat Vorbeugung und Polizeilicher Staatsschutz.
Hier finden sie auch Hinweise auf die Homepage des Verfassungsschutz NRW

www.im.nrw.de/verfassungsschutz/

Hier ist eine umfangreiche Sammlung von Informationen kostenfrei online zu bestellen. Materialien werden zudem kostenfrei zugeschickt. Viele Aufsätze und Broschüren lassen sich downloaden.

<http://www.callnrw.de>

<http://www.nrwgegenrechts.de>

In NRW gibt es eine zentrale Anlauf- und Informationsstelle gegen Rechtsextremismus – die HelpLine NRW.

Über Call NRW bietet die Landesregierung Hilfe gegen Rechte Gewalt und vermittelt individuelle Hilfe vor Ort. Hilfe finden hier auch Aussteigewillige, die raus wollen aus der Rechten Szene.

Call NRW gibt vertrauliche Auskunft und Beratung unter der Telefonnummer 0180 3 100 110 – montags bis freitags von 8:00 bis 18:00 Uhr.

<http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de>

Hilfe für Aussteiger aus der rechten Szene
Beratung & Service

Informationen für Rechtsextreme, die der Szene den Rücken kehren wollen, aber auch Hintergrundinformationen zum Thema

Literaturhinweise

Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen

Herausgeber:

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Abteilung Verfassungsschutz:

www.im.nrw.de/verfassungsschutz

Rechtsextremismus in Stichworten Ideologien – Organisationen - Aktivitäten

Herausgeber:

Frei Hansestadt Hamburg

Behörde für Inneres

Landesamt für Verfassungsschutz:

www.verfassungsschutz.hamburg.de

Rock von Rechts

Milieus, Hintergründe und Materialien

Dieter Baake, Klaus Farin, Jürgen Lauffer

Herausgeber:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

www.bmfsfj.de

Rechtsextremismus im vereinten Deutschland

Richard Stöss

Herausgeber:

Friedrich Ebert Stiftung

Argumentationstraining gegen Stammtischparolen

Materialien und Anleitungen für Bildungsarbeit und Selbstlernen

Klaus – Peter Hufer

Herausgeber:

Wochenschauverlag

Der unbequeme Fremde

Fremdenfeindlichkeit in Deutschland – empirische Befunde

Klaus Ahlheim, Bardo Heger

Herausgeber:

Wochenschauverlag

Argumente gegen den Hass

Über Vorurteile, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus –Band I und II

Klaus Ahlheim, Bardo Heger, Thomas Kuchinke

Herausgeber:

Bundeszentrale für Politische Bildung

„Störenfriede“

Medienverbundprogramm zur Prävention gegen rechtsextremistische Aktivitäten

Hans Ritscher, Doris Pleiger, Friedhelm Fett

Herausgeber:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

www.bmfsfj.de

Herausforderung Gewalt

Armin Riedl, Volker Laubert

Herausgeber:

Innenministerium Baden Württemberg im Auftrag der Innenminister/-senatoren des Bundes und der Länder

Impressum:

Verfasser:

Polizeilicher Staatsschutz - PP Bielefeld -

Dirk Butenuth
Peter Dießelhorst
Horst Köhler

Kommissariat Vorbeugung - PP Bielefeld -

Heike Lütgert
Lothar Rösler
Hermann Schulze

Ansprechpartner:

Horst Köhler Telefon: 0521 / 545 – 2443
mailto: st@bielefeld.polizei.nrw.de

Hermann Schulze Telefon: 0521 / 545 – 2449
mailto: vorbeugung@bielefeld.polizei.nrw.de

Überarbeitete Auflage 2005